

Tyrannophilie in Antike und Moderne

Der Artikel «Ein Wille zur Macht» von Martin Meyer (NZZ 18. 8. 15), nämlich die Buchbesprechung von Mark Lillas «Der hemmungslose Geist. Die Tyrannophilie der Intellektuellen», ist verdankenswert. Interessant ist für die Schweiz gerade die exakte Darstellung des Nazi-Staatsrechtlers Carl Schmitt durch Mark Lilla. Die Publikation zeigt Schmitt nicht nur als Bewunderer der Macht, des Totalitarismus und einer ordnenden Diktatur, als Antisemit und Rassist mit religiöser Verblendung, sondern gerade auch als überzeugten Feind der Moderne, welche den Kampf scheuen würde.

Es ist tragisch, dass Schmitt auch heute noch da und dort im Gespräch ist. So habe ich in den 1990er Jahren an Europa-Tagungen in Deutschland einen Staatsrechtsprofessor der Universität Mannheim gehört und dokumentiert, der die Lehren Carl Schmitts vom Untergang der Staaten und ihrer Souveränität explizit als Basis zur Neuordnung Europas in der EU anführte. Der Zustand der westlichen Welt, so beklagte er zudem, zeige die Konsequenzen von Individualismus und Rationalismus: Das individualistische Staatsdenken habe die gottgewollte Herrschaft der Könige entlegitimiert und an seine Stelle die gleiche Teilhabe aller an der Herrschaft gesetzt. Durch die verfassungsrechtliche Garantie von individuellen Grundrechten seien alle anderen überkommenen Gemeinschaftsbindungen unter Rechtfertigungszwang gestellt worden, so dass die religiösen und ständischen Bindungen zerbrochen seien.

Es gibt offenbar politische Gruppierungen, die Europa gerne als Heiliges Römisches Reich sehen möchten.

Willy Baumgartner, Egg bei Zürich

Ich habe den Eindruck, studentische Bewegungen in den Geisteswissenschaften sind stark von Philosophen genannten Feingeistern angeführt, die von der vor allem wirtschaftlich geprägten Wirklichkeit zu sehr distanzieren sind. Das heisst: mehr konkrete, menschennahe Ökonomie, d. h. Haushaltsführung, wäre besser als oft falsch verstandene, menschenferne, abstrakte Philosophie, d. h. Liebe zur Weisheit.

Letztere könnte in Mark Lillas Sinne die Gefahr von Tyrannophilie in der Antike gemäss dem Beispiel Dionysios' I. (430 – 367 v. Chr.) von Syrakus im Verhältnis zum Philosophen Platon (428/427

– 348/347 v. Chr.) von Athen in sich bergen, obwohl dieser volles Vertrauen des Tyrannen genossen haben soll. In der Moderne dürfte zum Teil ein ähnliches Problem zwischen dem Diktator Adolf Hitler (geb. 1889 in Braunau, gest. 1945 in Berlin) und dem Philosophen Martin Heidegger (geb. 1889 in Messkirch, gest. 1976 in Freiburg i. Br.) bestanden haben. Angeblich soll Heidegger die symbolische Frage «Zurück aus Syrakus?» gestellt worden sein . . .

Silvio Bianchi, Basel

Gefährliches Fahrwasser

Im Kanton Zürich verbinden sich die Listen von CVP, BDP, GLP, EVP, Piraten, Tierpartei und Ecopop (NZZ 19. 8. 15). Auch im Aargau bündeln die «Mitteparteien» ihre Stimmen mit Ecopop. Der Verein wird zu Recht mit der von ihm lancierten Volksinitiative verbunden. Doch geht oft vergessen, dass die Initiative nicht bloss die Umwandlung bekämpfen wollte, sondern gemäss ihrem Titel und ihrem Inhalt auf einen «Stopp der Überbevölkerung» abzielte – der damit gestellte Anspruch ist umfassend. Denn Ecopop sieht im Anstieg der Erdbevölkerung eine Bedrohung für die Natur, speziell für die Artenvielfalt.

Wer sich die globale Bekämpfung des Bevölkerungswachstums politisch auf die Fahne schreibt, begibt sich jedoch in ein sehr gefährliches Fahrwasser. Der Ruf nach Massnahmen gegen eine «Überbevölkerung» regt im politischen Diskurs unweigerlich zur Frage an, welche Menschen denn die «richtigen» seien. Die historischen Beispiele schrecken ab. Mit dem Abstellen auf ihre Rechenkünste stehen sich vor allem die beiden Bundesratsparteien CVP und BDP sowie die GLP aus der politischen Verantwortung. Zudem wäre es zumindest theoretisch ja auch möglich, dass Ecopop dank den Listenverbindungen Sitze im Parlament gewinnt.

Reto Müller, Hüttikon

Flaach: trügerische Wahrheitsfindung

Wer ist schuld an der Kindstötung und dem Suizid der Täterin von Flaach? Erst war es die Kindes- und Erwachsenen-schutzbehörde (Kesb), jetzt ist es die Justiz beziehungsweise der Haftvollzug. Ob der vielen Experten, die sich zu dem Thema in den Medien äussern und die selbstverständlich alles richtig vorhergesehen haben, sollten sich menschliche Dramen eigentlich nicht mehr ereignen.

Natürlich ist es angebracht, über Haftbedingungen zu sprechen. Natürlich ist es angebracht, die Prozesse der Kesb zu überprüfen. Fehler sind nie ausgeschlossen. Tun wir aber nicht so, als sei alles kontrollierbar.

Wir leben in einer Zeit, in der für jedes Fehlverhalten im Umfeld des Verursachers Verantwortliche gesucht werden. Diese werden auch sehr schnell gefunden: Es sind entweder Lehrer, Behörden, Ämter, Arbeitgeber, Abzocker oder ganz einfach die äusseren Umstände. Geschieht ein Unglück, so haben alle versagt – nur nicht die Person, die die Handlung begangen hat. Die Tendenzen, jegliche Verantwortung von sich zu weisen und die Ursache bei anderen

zu suchen, ist gefährlich. Vermeintlich wird damit dem Ursprung eines Problems auf den Grund gegangen.

Dabei wird übersehen, dass wir es selber in der Hand haben, wie wir unser Leben gestalten. Nicht jeder, der in seiner Jugend Gewalt erfahren hat, übt später selber Gewalt aus. Nicht jeder, dessen Eltern suchtmittelabhängig sind, wird selber süchtig. Der Mensch bringt glücklicherweise eine grosse Portion Überlebensfähigkeit und Unberechenbarkeit mit. Daher ist es paradox, wenn man meint, man könne jedes menschliche Versagen in den Griff bekommen.

Unsere Gesellschaft muss wieder lernen, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, für Fehlentscheidungen einzustehen und den nackten Tatsachen ins Auge zu sehen. Im Fall Flaach heisst dies: Eine Mutter hat ihre Kinder getötet und sich danach selber gerichtet.

Astrid Furrer, Wädenswil
Kantonsrätin FDP

Von Kalifornien lernen?

Die aktuelle Grosswetterlage bringt uns zum Schwitzen, die Kalifornier aber bereits in existenzielle Nöte (NZZ 6. 8. 15). Immer tiefere Grundwasser-Bohrungen und die Planung neuer Meerwasser-Entsalzungs-Anlagen beherrschen die vorherrschenden Reaktionen. Nur wenige Einrichtungen überlegen sich angesichts dieser grundsätzlichen Herausforderung auch grundsätzliche Änderungen.

Gipfel der typisch nach dem «American way of life» gestrickten Reaktionen ist eine Äusserung des amerikanischen Ökonomen Howitt von der University of California. Danach sollte Kalifornien die Landwirtschaft einfach aufgeben und dafür andere Wirtschaftszweige fördern. Frei nach dem Motto «Nahrung können wir uns auch woanders kaufen». Nun ist Kalifornien mit 40 Millionen Einwohnern nicht gerade ein Kleinstaat. Es braucht also schon eine sehr lockere Einstellung, um sich die Zukunft eines zehnmal so grossen Territoriums wie die Schweiz mit einem Selbstversorgungsgrad von 10 bis 30 Prozent vorzustellen. Da angrenzende Staaten wie Arizona und Nevada ähnliche Probleme haben, dürfte die einfache ökonomische Rechnung «Hightech-Produkte gegen Lebensmittel» irgendwann nicht mehr aufgehen.

Damit zeigen sich Parallelen zur Situation der Schweiz: Der Selbstversorgungsgrad stagniert bei 60 Prozent, vier von fünf Franken werden im Export verdient, die Bevölkerung wächst weiter, und der Klimawandel trocknet auch das «Wasserschloss der Alpen» langfristig aus. Und die Reaktion: Nach den Ansprüchen der Agrarwirtschaft werden die Bewässerungen aus Seen und Flüssen verstärkt, während die Treibhausgas-Produktion immer noch gleich hoch ist wie 1990.

Es wird nun interessant sein, zu verfolgen, ob die Schweiz als Nation die sichtbare und spürbare Herausforderung wie die Kalifornier in der Hoffnung auf eine technische Lösung auf die lange Bank schiebt, wie das die bisherigen Aktivitäten von Parlament und Bundesrat erkennen lassen, oder sich offensiv und in Anerkennung der beschränkten Tragfähigkeit auf neue Strukturen und einen neuen Ansatz einlässt. Wetten, dass . . .?

Uwe Scheibler, Wetzikon

WAS LÄUFT FALSCH?

Das Parlament sollte Cicero lesen

Gastkommentar

von RUEDI LUSTENBERGER, VSSM

Man könnte meinen, in der Schweiz sei alles in bester Ordnung. Die Eigenständigkeit der Kantone, die subsidiäre Verantwortung der Kantone und Gemeinden, die Rücksichtnahme auf Minderheiten und regionale Besonderheiten sowie das direktdemokratische Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger haben unser Land zu einer Willensnation und einem Wohlfahrtsstaat geformt. Das alles verbindet sich zu einem gemeinsamen Verständnis für Brauchtum, Handwerk, Musik, Kunst und Sprache. Diese Vielfalt ist – so widersprüchlich das klingen mag – verantwortlich für unsere Einheit, weil wir alle Teil einer Minderheit sind.

Nun sind diese Errungenschaften ernsthaft in Gefahr, weil die Schweiz in den letzten zwanzig Jahren ihre Interessen in der Aussenpolitik sträflich vernachlässigt hat und auch in der Gegenwart zu wenig wahrnimmt. Die schweizerische Aussenpolitik muss wieder Interessenpolitik für unser Land werden und darf nicht primär in Menschenrechtsaktivismus münden wie zu Zeiten von Altbundesrätin Calmy-Rey. Aussenpolitik ist primär internationale Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Umwelt- und Energiepolitik sowie Sicherheitspolitik. Die Welt erwartet viel von der Schweiz, was wiederum bedeutet, dass wir noch nicht alles verspielt haben. Dem Druck von aussen nachzugeben, ist keine gute Philosophie. In der Innenpolitik ist das Selbstwertgefühl im Überfluss vorhanden; ausserpolitisch kompensieren wir dies mit kleinlautem Sichdücken. Mehr Mut würde guttun, ohne dass wir dabei überheblich oder gar arrogant auftreten sollten.

Wir können uns der modernen, globalen Völkerwanderung und dem «Flüchtlingsstrom» nicht entziehen. Aber nur ein Bruchteil der Migranten kann den Asyl- und Flüchtlingsstatus im ursprüng-

Die Eigenverantwortung der Unternehmer, die sich während Jahrzehnten bewiesen haben, wird beschnitten.

lichen Sinne für sich beanspruchen. Unsere grosszügige Migrationspolitik erweist sich als Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge und Einwanderer aus aller Herren Ländern. Das Problem dabei: Unser Rechtsstaat vermag sich nicht mehr durchzusetzen. Immer mehr Leute halten sich in unserem Land auf, deren Aufenthaltsrecht nicht gegeben ist. Diese Entwicklung vergrössert die Staatsverdrossenheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger.

Auch aus Sicht des Verbandspräsidenten und obersten Schreiners läuft in unserm Land nicht alles nur rund. Neben den immer höheren administrativen Auflagen bergen die «Verakademisierung» und die Benachteiligung der höheren Berufsbildung volkswirtschaftliches Konfliktpotenzial.

Kritischer noch scheint mir die Tatsache, dass der administrative Aufwand für die KMU laufend zunimmt. Die staatlichen Auflagen in Bereichen wie Arbeitssicherheit, Lehrlingsausbildung, Produktedeklaration und -sicherheit, statistische Erhebungen sowie der Vorteil ausländischer Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen aufgrund der Frankenstärke bringen einen grossen Teil der kleinen und mittleren Unternehmen – der durchschnittliche Schreinerbetrieb zählt 10 Mitarbeitende – an existenzielle Grenzen. Das global normierte Denken steht in krassem Widerspruch zum regionalen und lokalen Handeln. Die Eigenverantwortung der Unternehmer, die sich während Jahrzehnten bewiesen haben, ist kaum mehr gefragt. Die Überregulierung durch staatliche Stellen wird immer grösser. «Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer bestellt sein, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist», hat Cicero vor 2000 Jahren gesagt. Er müsste zur Pflichtlektüre erklärt werden für Bundesräte, Regierungs- und Gemeinderäte, Angestellte der öffentlichen Hand und selbstverständlich auch für das Parlament.

Ruedi Lustenberger ist Nationalrat (cvp., LU) und Zentralpräsident des Verbandes Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM).

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben in den kommenden Wochen Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 236. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer

Chefredaktorin Neue Produkte:
Anita Zielina

Stellvertreter:
Luzi Bernet, Colette Gradwohl, René Zeller

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünfelder, Peter Sennhauser
International: Andreas Rüsch (a. i.), Andres Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer

Schweiz: René Zeller, Claudia Baer, Markus Hofmann, Paul Schneeburger, Simon Gempferli, Davide Scuzzi, Michael Schönenberger, Valérie Zastavski, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Trübhorn
Bundeshaus: Markus Häfiger, Christof Forster, **Bundesgericht:** Katharina Fontana, **Medien:** Rainer Stadler
Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoë Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft
Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samsel Herzog
Zürcher Kultur: Thomas Ribbi, Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays
Zürich: Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kalin, Natalie Avanzino, Annalena Schürer

Sport: Eimar Wagner, Peter Jegen, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Anja Knabenrains
Meinung & Debatte: Martin Senti, Elena Panagiotidou
Panorama: Katja Baigger, Manuela Nyffenegger, Susanna Ellner, Ruth Spitzzenpfel
Nachrichtenredaktion: Anja Grünfelder, Marc Romner, Michèle Schell, Roman Sigrist
Reporter: Marcel Gyr, Alois Fausi
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach
Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit, Campus): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz, Michael Baumann, Henning Steiner, Anna Chudozilov, Barbara Ehrensperger, Robin Schwarzenbach
GESTALTUNG
Art-Direktion/Bild: Brigitte Meyer, **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl, **Blattplanung:** Philipp Müller, **Produktion:**

Hansruedi Frei, **Korrektorat:** Yvonne Bettchen, **Archiv:** Ruth Haener, **Projekte:** André Maerz
Rechtskonsultantin der Redaktion: Claudia Schoch
WEITERE REDAKTIONEN
NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Felix E. Müller, **NZZ-Folio:** Daniel Weber, **NZZ-Format:** Tobias Wolff, **NZZ-Campus:** Ronald Schenkel
NZZ-MEDIENGRUPPE
Weit V. Dengler (CEO)
ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz; Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmedia.ch
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich
PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)
Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 675 Fr. (12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital: 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr. (6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)
Pendlerabo NZZ: 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 288 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage
Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)
Alle Preise gültig ab 1. 1. 2015
Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2015
BEGLAUBIGTE AUFLAGE
Verbreitete Auflage: 124 043 Ex. (Wemf 2014)
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG